

Nah am Menschen, stark im Wandel



1. Ordentlicher Länderrat 2026
Sassnitz, 28. Juni 2026

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 18.06.2026
Tagesordnungspunkt: W Nah am Menschen, stark im Wandel

Antragstext

- 1 Deutschland im Sommer 2026: Ein erschöpftes, gereiztes, Orientierung suchendes
- 2 Land geht in die Sommerferien. Ein Land, das nach Halt sucht, sich Sorgen um den
- 3 Zusammenhalt macht. Viele haben das Gefühl, dass die Gemeinschaft
- 4 auseinanderdriftet, dass nicht mehr selbstverständlich ist, was uns lange
- 5 getragen hat. Gleichzeitig kommen viele Menschen zusammen, um gemeinsam etwas zu
- 6 schaffen, sei es im Job, in Vereinen oder in der Nachbarschaft. Menschen
- 7 arbeiten gemeinsam an Projekten, unterstützen sich im Alltag oder schauen
- 8 einfach gemeinsam Fußball. Sie investieren, allen politischen Fehlentscheidungen
- 9 zum Trotz, in die Transformation, beweisen Risikobereitschaft und übernehmen
- 10 Verantwortung.
- 11 Es ist keine normale Zeit, kein normales Jahr, kein normaler Sommer. Es ist der
- 12 Sommer, in dem sich Demokrat*innen darüber bewusst werden müssen, was es zu
- 13 bewahren, was es zu erkämpfen gilt. Es ist der Sommer, in dem sie alle
- 14 Überzeugung, alle Kraft, alle Kreativität, alle Entschlossenheit mobilisieren
- 15 müssen. In Sachsen-Anhalt steht die Frage im Raum, ob erstmals seit 1945 eine
- 16 Partei in der Traditionslinie der Nationalsozialisten, eine
- 17 verfassungsfeindliche Partei, nicht nur Diskursmacht erhält, sondern auch
- 18 Regierungsmacht übertragen bekommt. Dieses Szenario ist den Umfragen zufolge
- 19 weder ausgemacht noch ausgeschlossen. Es kann aber auch ganz anders kommen.
- 20 Für Resignation, für Fatalismus und Trägheit gibt es keinen Anlass, ganz im
- 21 Gegenteil. Wir sind davon überzeugt, dass sich dieser Einsatz lohnt und dass er
- 22 wirkt. Als Demokrat*innen gehen wir selbstbewusst und mit geradem Rücken und
- 23 skizzieren, was sich alles erreichen lässt. Wir wollen das Versprechen erneuern,
- 24 dass Veränderung Verbesserung bedeuten kann. Hoffnung ist keine naive Haltung,
- 25 Hoffnung ist eine politische Praxis. Hoffnung heißt nicht: „Alles wird gut.“
- 26 Hoffnung heißt: Es ist noch nicht entschieden und Handeln ändert etwas.
- 27 In dieser Zeit braucht es eine Bundesregierung, die das Land stabilisiert, die
- 28 Halt und Orientierung gibt und die Hoffnung und Zuversicht stiftet. Die
- 29 Verunsicherung ist real. Und sie hat handfeste Gründe. Viele Menschen sorgen
- 30 sich vor einer Ausweitung des Krieges in Europa. Diese Sorge nehmen wir ernst,
- 31 und wir geben darauf eine klare Antwort: Sicherheit entsteht nicht durch
- 32 Beschwichtigung, sondern durch verantwortungsvolle Stärke. Wir stehen
- 33 solidarisch an der Seite der Menschen in der Ukraine und zu unserer
- 34 Unterstützung für ihre Verteidigung. Wir wissen, dass Deutschlands Sicherheit in
- 35 einem geeinten, handlungsfähigen Europa am besten aufgehoben ist. Europäische

36 Zusammenarbeit ist kein Selbstzweck, sondern unser stärkster Schutz gegen
 37 Aggressoren von außen und gegen das Chaos, das Trump in die Welt bringt.

38 Sicherheit heißt für uns auch Sicherheit vor wirtschaftlichem Abstieg,
 39 Sicherheit in der Energieversorgung, ein verlässlicher Sozialstaat. Für nicht
 40 wenige ist allein durch gestiegene Sprit- und Kerosinkosten der lange geplante
 41 Urlaub nicht drin oder wird eingeschränkt. Die Unsicherheit, was im Herbst, im
 42 Winter oder im nächsten Jahr an zusätzlichen Belastungen kommen mag, ist groß.
 43 Unsere Volkswirtschaft in einer andauernden strukturellen Krise, die Sorge um
 44 wirtschaftlichen und in der Folge auch persönlichen Abstieg treibt die Menschen
 45 um.

46 Wir stehen vor zentralen Weggabelungen: Lernen wir aus den Fehlern der
 47 Vergangenheit und lösen wir uns aus der Abhängigkeit von Öl und Gas? Oder machen
 48 wir das Gegenteil, schlicht der Ideologie halber oder als Kniefall vor dem
 49 fossilen Lobbyismus? Gibt es noch Entlastung für die besonders unter den Preisen
 50 leidenden Menschen? Oder landen die mühsam zusammengesuchten Steuergelder am
 51 Ende doch zu relevantem Anteil bei den Mineralölkonzernen und nicht in den
 52 Portemonnaies der Bürger*innen? Erneuert die Politik das Versprechen, dass das
 53 Leben für die Menschen funktioniert, dass der Alltag bezahlbar ist, dass der
 54 Staat seinen Aufgaben nachkommt und jede und jeder den gleichen Zugang zu seinen
 55 Angeboten und Institutionen hat? Oder bleibt der zeitnahe Facharzttermin ein
 56 Privileg für Besserverdienende, die Kita-Betreuung vor Ort ein Glücksspiel und
 57 der Fahrplan eine grobe Orientierung?

58 Die Bundesregierung setzt der Verunsicherung leider wenig entgegen, sondern
 59 befeuert sie durch ständigen Streit. Tatkraft und Lösungskompetenz,
 60 Kompromissfähigkeit und Weitsicht fehlen. Die Koalitionspartner haben sich
 61 ineinander verhakt, sind von inneren Kämpfen ermattet, bewegungsunfähig, nervös
 62 und kraftlos. Das Einzige, worauf sich Union und SPD verlässlich verständigen
 63 können, sind Rückschritte im Klimaschutz – auch auf Kosten unserer Sicherheit
 64 und des Geldbeutels der Bürger*innen.

65 Wenn der Bundeskanzler über Mathematik und Demografie spricht, hören viele
 66 Menschen: Kälte. Härte. Kahlschlag. Kein Wunder, dass Gewerkschaften und
 67 Sozialverbände gegen den drohenden Abbau sozialer Rechte und sozialer Standards
 68 Sturm laufen. Denn das, was von der Regierung in diesen Tagen als Reform
 69 präsentiert wird, führt in Wahrheit nur dazu, dass das Leben sehr vieler
 70 Menschen schlechter und schwerer wird.

71 Es braucht eine klare Perspektive, wofür es sich zu kämpfen lohnt, was erreicht
 72 werden kann, wenn alle mitmachen. Eine Perspektive, dass die Belastungen gerecht
 73 ausgestaltet und fair verteilt und eben nicht einseitig bei denen abgeladen
 74 werden, die sich am wenigsten wehren können. Diese Perspektive, dieser Aufbruch
 75 fehlt. So kann man ein Land in der Krise nicht regieren, so kann man es nicht
 76 aus der Krise führen. Das Ergebnis ist eine lange nicht dagewesene Verhärtung
 77 der politischen Debatten, innerhalb der Koalition, zwischen den Sozialpartnern
 78 und in der Gesellschaft.

79 Während die Regierung aktuell nur Privilegien und Reichtum schützt, selbst aber
80 keine Reformen schafft, sind wir bereit, gerecht zu reformieren, zu hinterfragen
81 und haben Lust darauf, Neues zu gestalten. Wir sehen die Zukunft nicht nur als
82 Risiko, sondern vor allem als große Chance.

83 Deshalb wollen wir diese Zuversicht raubende Dynamik des schwarz-roten
84 Regierungsalltags durchbrechen und ihr einen hoffnungsstiftenden Zukunftsmut
85 entgegensetzen. Bei den nötigen Reformen geht es darum, den Sozialstaat zu
86 erhalten und nicht abzubauen. Bei den Belastungen heißt das, zuerst bei denen
87 anzusetzen, die sie am ehesten schultern können – und nicht bei denen, die
88 ohnehin kaum noch über die Runden kommen. Es heißt, Privilegien und Reichtum
89 nicht unangetastet zu lassen, während alle anderen den Gürtel enger schnallen
90 sollen.

91 **Volle Kraft voraus**

92 Mit dem Rückenwind aus dem Frühjahr gehen wir voller Motivation in die
93 anstehenden Wahlkämpfe. In Hannover und Lüneburg wollen wir die Rathäuser
94 verteidigen. In Berlin wollen wir das Rote Rathaus gewinnen. Unser Einsatz bei
95 den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern entscheidet
96 nicht nur darüber, wie viele Prozente BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils erreichen
97 wird – sondern ob überhaupt noch eine stabile Regierung unter Demokrat*innen in
98 Magdeburg und Schwerin gebildet werden kann. Dieser Verantwortung und politische
99 Tragweite, die weit über die Grenzen Sachsen-Anhalts und Mecklenburg-Vorpommerns
100 hinausreicht, sind wir uns bewusst. Wir glauben fest an den Wiedereinzug in
101 beide Landtage. Wir geben dafür heute ein klares Versprechen:

102 Diese Wahlen sind nicht die Wahlen der beiden Landesverbände allein. Es sind
103 unsere Wahlen. Wir erleben eine Partei, die so motiviert ist wie noch nie.
104 Dutzende Kreisverbände und hunderte Einzelpersonen aus dem ganzen Land nehmen
105 Urlaubstage, um im Wahlkampf zwischen Rügen und Saale-Unstrut mit anzupacken.
106 Die Spendenbereitschaft ist enorm. Unsere Landesverbände sind hochmotiviert.

107 Wir bauen auf der Strukturarbeit auf, die im letzten Jahr eine neue Intensität
108 und Dimension erlangt hat. Die Zahl der Kreisverbandspartnerschaften steigt
109 kontinuierlich. Diente der erste Ostkongress im letzten Jahr zur kritischen
110 Bestandsaufnahme und Analyse, zeigt der diesjährige Kongress erste Konsequenzen
111 auf. Die Präsenz des Bundesverbands in den ostdeutschen Landesverbänden hat sich
112 spürbar gesteigert, der neu eingerichtete Vorstandsbeirat tagt und berät zu
113 grüner Kommunikation, Sichtbarkeit vor Ort und einer stärkeren Wirksamkeit
114 grüner Politik. Abgeordnete aus Bundestag und Europäischem Parlament haben neue
115 Büros in Brandenburg und Thüringen eröffnet. Programmatik, Haltung und
116 Kommunikation der Bundespartei haben sich gewandelt. Wir sind zunehmend vor Ort
117 ansprechbar und stehen an der Seite der Menschen, die sich jeden Tag für die
118 Demokratie und eine freie Gesellschaft einsetzen.

119 Mit diesem Beschluss setzen wir genau dort an. Wir werben bei den Wähler*innen
120 nicht nur dafür, die taktisch beste Wahl zu sein, um eine Machtübertragung an
121 Rechtsextreme zu verhindern. Wir haben konkrete Vorschläge, die das Leben in

122 Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, in Berlin und im ganzen Land verbessern,
123 im Hier und Jetzt und für das Morgen.

124 Wir sind uns der unterschiedlichen Entwicklungen in verschiedenen Regionen
125 bewusst. Ja, es gibt strukturelle Unterschiede. Doch der Abbau der Unterschiede
126 ist nicht nur eine Entwicklung für diese Region, er ist Herausforderung für
127 Alle. Es geht darum, strukturelle Gerechtigkeitslücken zu schließen und neue
128 Perspektiven zu schaffen.

129 **Energie, die sich rechnet**

130 Saubere Energie ist nicht Verzicht, sondern der günstigste Weg zu bezahlbarem
131 Strom, neuer Wertschöpfung und guten Arbeitsplätzen vor Ort. Wir sorgen dafür,
132 dass die Kostenvorteile der günstigen Erneuerbaren endlich dort ankommen, wo die
133 Energiewende gemacht wird – gerade in Ostdeutschland. Das ist gerecht: In den
134 ostdeutschen Ländern decken die Erneuerbaren schon rund 75 Prozent der
135 Stromversorgung – weit mehr als der Bundesschnitt von rund 56 Prozent. Mehr als
136 ein Drittel der rund 30.000 Windenergieanlagen an Land stehen im Osten – pro
137 Kopf dreimal so viele wie anderswo, beim Solarstrom fast doppelt so viel. Die
138 ostdeutschen Länder sind Energieregionen und sollen es bleiben. Gleichzeitig
139 gilt: Wer die Energiewende so trägt, soll zuerst von ihr profitieren. Als
140 Bündnisgrüne haben wir die EEG-Beteiligung der Kommunen von 0,2 Cent je
141 Kilowattstunde umgesetzt. Das bringt Geld für Schulen, Feuerwehr und Kitas.
142 Jetzt braucht es Beteiligungsgesetze in allen Ländern – gut, dass es sie jetzt
143 schon an vielen Stellen gibt. Vor Ort hat das spürbare Vorteile: von günstigeren
144 Strompreisen bis zu Cash in die kommunalen Kassen.

145 Dafür setzen wir auf regionale Preissignale, dynamische Netzentgelte und Energy
146 Sharing. Regionale Preissignale machen Wind- und Sonnenstrom dort günstig, wo
147 die Anlagen stehen – effizienter, günstiger, mit direkter Teilhabe. Die genaue
148 Zahl der Regionen bzw. auch ein langfristiger Übergang zu knotenscharfen Preisen
149 (Nodal Pricing) ist dabei so zu gestalten, dass der Zuschnitt die Netze
150 entlastet, die Systemsicherheit und Stabilität stärkt, unsere industriellen
151 Kerne erhält, neue Produktionen ermöglicht und den Markt liquide hält. Eine
152 Aufteilung in nur zwei Gebotszonen lehnen wir klar ab: Anders als ein
153 netzscharfer Zuschnitt folgt sie keiner Engpassgrenze, sondern einer politischen
154 Linie – sie würde das Land spalten, ohne die Kostenvorteile für alle zu heben.
155 Gleichzeitig steuern wir mit dynamischen Netzentgelten Flexibilität und
156 netzdienliche Speicher marktwirtschaftlich. Wer Strom nutzt, wann und wo er
157 entsteht, wird belohnt. Dafür starten wir eine Digitalisierungsoffensive für die
158 Netze mit Standards für digitale Anschlussverfahren, transparenten Informationen
159 und einem geordneten Verfahren zur Priorisierung knapper Anschlusskapazitäten.
160 Individuelle Netzanschlussvereinbarungen zwischen Netzbetreiber und
161 Netznutzenden genauso wie die sogenannte Überbauung schaffen zusätzliche
162 Kapazität, um bestehende Netze bestmöglich zu nutzen und Ausbau zu vermeiden.
163 Mit Energy Sharing teilen Bürger*innen, Genossenschaften und Betriebe selbst
164 erzeugten Strom in der Nachbarschaft. Das ermöglichen wir endlich und machen es,
165 wo netzdienlich, finanziell attraktiv. Erneuerbare-Energien-Anlagen,
166 Batteriespeicher, Rechenzentren oder Industriebetriebe sollen nicht länger auf

167 den Netzausbau warten müssen. Dafür synchronisieren wir Anschluss- und
168 Ausbauplanung und beschleunigen Planungs- und Genehmigungsverfahren für Netze
169 konsequent weiter.

170 Wir wollen ermöglichen und nicht abwürgen, wie es bei Umsetzung der aktuellen
171 Vorschläge der Bundesregierung zum Netzenspassmanagement drohen würde. Wir
172 wollen, dass die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern und
173 Energiemarktakteuren verlässliche Regeln entwickelt, die die regionalen
174 Unterschiede beim Stand der Energiewende und dem Netzausbau berücksichtigen.
175 Auch die Verteilnetzplanung muss dafür verbindlicher werden. Wir müssen die
176 Pflicht der Netzbetreiber zum bedarfsgerechten Ausbau erhalten, um die
177 Energiewende nicht zu gefährden.

178 Mit Märkten, die die Realität im Netz abbilden, sorgen wir für grüne Energie aus
179 der Region, für die Region. All das macht Strom günstiger, Heizen, Kühlen und
180 Elektromobilität wird bezahlbarer. So verdrängen wir über eine schnellere
181 Elektrifizierung Öl und Gas. Hierfür haben wir im vergangenen Herbst bereits
182 umfassende Beschlüsse vorgelegt. Davon profitiert das ganze Land: weniger
183 Netzenspässe und teure Noteingriffe, weniger neue Gas-Kraftwerke, ein stabiles
184 Stromsystem auch in unruhigen Zeiten, die Systemkosten fallen für alle. Die
185 wenigen Back-up-Kraftwerke, die wir für die Systemstabilität noch brauchen,
186 laufen zu Beginn mit Gas, dann mit grünem Wasserstoff.

187 Gerade im Sommer gilt: Wer sein E-Auto mittags lädt, dem schickt die Sonne keine
188 Rechnung. Mit dem Solarbonus geben wir 600 kostenlose Sonnenstunden an Haushalte
189 und Betriebe weiter. Regionen mit über 100 Prozent erneuerbarer Erzeugung
190 bekommen 300 Stunden extra. Wo Strom günstig und sauber ist, siedeln sich
191 Rechenzentren, grüner Wasserstoff und neue Industrien an. Das bedeutet
192 Wertschöpfung und gute Arbeitsplätze vor Ort. Gleichzeitig gilt: Kein
193 bestehender Industriestandort wird schlechtergestellt; stromintensive Betriebe –
194 egal wo – schützen wir vor Mehrkosten, etwa über einen Industriestrompreis
195 finanziert mit den Effizienzgewinnen der Reform. So macht sich die Energiewende
196 mit schwarzen Zahlen auf der Stromrechnung bezahlt – fair für die Regionen,
197 günstiger für alle, stark für den Standort.

198 **Starke Wirtschaft durch Innovation**

199 Wir streiten für einen starken Wirtschaftsstandort. Dafür braucht es weniger
200 Bürokratie, günstigere Energie, mehr Fachkräfte und ausreichend Investitionen in
201 Infrastruktur. Aber die Schlüssel für eine zukunftsfähige Wirtschaft sind
202 Forschung an neuen Technologien und die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle. Neue
203 Unternehmen mit modernen, nachhaltigen Technologien helfen auch dabei,
204 strukturelle Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland abzubauen.

205 Grüne Wirtschaftspolitik vereint Innovation, Unabhängigkeit und Nachhaltigkeit:
206 regionale Wertschöpfung statt fragiler Abhängigkeiten, eigene
207 Technologieführerschaft statt verlängerter Werkbank, nachhaltige Investitionen
208 statt kurzsichtiger Profitorientierung.

209 Innovation entsteht im Mittelstand. Wir wollen Investitionen fördern, indem wir
210 Gewinne, die in Forschungs-, Innovations-, oder Modernisierungsinvestitionen

211 fließen, besserstellen als Gewinne, die ausgeschüttet werden. Wir setzen uns
 212 konsequent für den Mittelstandsfonds ein, der durch öffentliches und gehebeltes
 213 privates Kapital eine wichtige Lücke bei der Finanzierung von mittelständischen
 214 Investitionen schließen würde. Außerdem braucht der Mittelstand Fairness in der
 215 Unternehmensbesteuerung, die wir durch konsequente Besteuerung von
 216 multinationalen Konzernen erreichen wollen.

217 Innovation entsteht in Start-Ups. Wir wollen es Pensionskassen und
 218 Versicherungen ermöglichen, stärker in Venture-Capital-Fonds zu investieren und
 219 so Wachstumsfinanzierung für Start-Ups bereitzustellen. Damit ein europäisches
 220 Start-Up künftig nicht 27-mal Recht, Steuern und Bürokratie neu anwenden muss,
 221 wenn es in Europa wachsen will, fordern wir eine schnelle Einführung einer neuen
 222 europäischen Rechtsform als sogenanntes 28. Regime.

223 Innovation entsteht in der Forschung. Es braucht eine gezielte Stärkung der
 224 Hochschulfinanzierung. Wir wollen erreichen, dass Staat und Unternehmen deutlich
 225 mehr als 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung
 226 investieren. Um Ausgründungen und IP-Transfers aus Hochschulen zu fördern,
 227 verschaffen wir den Start-Up-Factories einen Schub und stärken die EXIST-
 228 Hochschulförderung in der Breite.

229 **Entlastung, die da ankommt, wo sie gebraucht wird**

230 Menschen mit geringen und mittleren Einkommen leiden am meisten unter steigenden
 231 Preisen. Sie brauchen strukturelle Entlastung und das klare Zeichen, dass sich
 232 Mehrarbeit auch finanziell lohnt. Der Staat muss den arbeitenden Menschen ein
 233 angemessenes und ausreichendes Einkommen ermöglichen. Das ist nicht nur ein
 234 Gebot der grundlegenden Gerechtigkeit, sondern auch Voraussetzung für Teilhabe
 235 an der Gesellschaft und Motor der Binnennachfrage.

236 Wir wollen den jährlichen Grundfreibetrag um 500 Euro anheben. Das bedeutet für
 237 eine durchschnittliche Familie mit zwei Kindern eine Entlastung von rund 120 bis
 238 150 Euro im Jahr. Den Arbeitnehmerpauschbetrag wollen wir auf 1.500 Euro erhöhen
 239 und so auch für eine deutliche Bürokratieentlastung sorgen. Für sehr hohe
 240 Einkommen wollen wir eine neue Tarifstufe einführen. Ab einem zu versteuernden
 241 Einkommen von 120.000 Euro soll diese bei 45 Prozent starten und ab 250.000 Euro
 242 bei 48 Prozent liegen.

243 Um sowohl diejenigen mit kleinen und mittleren Einkommen als auch Unternehmen zu
 244 entlasten, müssen wir auch die Sozialabgaben angehen und ihren Anstieg bremsen.
 245 Die Bundesregierung hat zum Beispiel die Chance verpasst, die
 246 Krankenkassenbeiträge um 2 Prozentpunkte zu senken. Das hätte eine vierköpfige
 247 Familie mit mittlerem Einkommen um rund 800 Euro pro Jahr entlastet. Wir
 248 unterstützen jene Vorschläge der Kommission zur Modernisierung des Sozialstaats,
 249 die dazu führen, dass Sozialleistungen Menschen einfacher und verständlicher
 250 erreichen und die gleichzeitig Einsparpotenziale bieten. Entscheidend sind
 251 einheitliche Definitionen, Vereinfachung, Digitalisierung und Automatisierung.

252 Alleinerziehende und Familien mit Kindern sind von steigenden Preisen
 253 überdurchschnittlich betroffen. Sie brauchen unsere vorrangige Unterstützung.
 254 Die Anrechnungsregeln beim Unterhaltsvorschuss sollen so reformiert werden, dass

255 künftig mindestens die Hälfte des Kindergeldes bei den Alleinerziehenden
 256 ankommt. Das Ehegattensplitting soll für neue Ehen weiterentwickelt und der
 257 Splittingvorteil auf die Übertragbarkeit des Grundfreibetrags begrenzt werden.
 258 Das eingesparte Geld soll durch eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes und des
 259 Kinderfreibetrags bei den Familien bleiben, wodurch gerade Familien mit geringem
 260 Einkommen profitieren. Um die Vereinbarkeit von Job, Haushalt und Betreuung zu
 261 erhöhen, führen wir ein Gutscheinmodell ein, mit dem Familien Zuschüsse für
 262 haushaltsnahe Dienstleistungen erhalten. Außerdem wollen wir die steuerliche
 263 Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten deutlich erhöhen.

264 Angesichts der zweiten fossilen Energiepreiskrise in wenigen Jahren braucht es
 265 auch hier Entlastungen an der richtigen Stelle. Die Stromsteuer muss endlich für
 266 alle gesenkt werden, für Haushalte sowie für kleine und mittlere Unternehmen,
 267 nicht nur für die große Industrie. Das entlastet sofort und setzt gleichzeitig
 268 den richtigen Anreiz Richtung Elektrifizierung. Eine Senkung der Netzentgelte
 269 durch geringere Kosten beim Netzausbau und die Einführung eines
 270 Amortisationskontos, dass die Kosten über mehrere Generationen verteilt, würde
 271 die Menschen und Betriebe zusätzlich bei der monatlichen Stromrechnung
 272 entlasten.

273 Fast die Hälfte der Bürger*innen hat keine 2.000 Euro an Rücklagen. Sie stehen
 274 bereits aufgrund einer kaputten Waschmaschine mit dem Rücken zur Wand. Wir
 275 wollen den Sparerpauschbetrag von 1.000 Euro auf 2.000 Euro erhöhen, den
 276 Zuschuss der Arbeitnehmer-Sparzulage fürs Fondssparen deutlich erhöhen und die
 277 private Altersvorsorge durch einen Bürgerfonds mit automatischer Teilnahme für
 278 alle bei Nichtwiderspruch stärken.

279 Damit diese Entlastungen finanziert werden können, müssen wir die existierenden,
 280 offensichtlichen Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen. Bei der
 281 Erbschaftssteuer wollen wir die 300-Wohnungen-Regelung und die 26-Millionen-
 282 Regel abschaffen. Gewinne aus Krypto-Verkäufen müssen endlich besteuert werden.
 283 Digitalkonzerne dürfen nicht länger ihre Gewinne ins Ausland verschieben können,
 284 sondern sollen künftig 10 Prozent Digitalsteuer auf Umsätze in Deutschland
 285 entrichten. Und ein stärkerer Einsatz gegen Finanzkriminalität versteht sich
 286 eigentlich von selbst. Der jährliche Schaden durch Steuerhinterziehung wird
 287 immerhin auf über 100 Milliarden Euro jährlich geschätzt.

288 **Bildung und Kultur vor Ort: Zukunftschancen für alle!**

289 Bildung ist die Grundlage unserer demokratischen Gesellschaft und unserer
 290 innovativen Wirtschaft. Bildung ist kein Luxus, sondern ein Grundrecht. Bei der
 291 Bildung zu kürzen, ist nicht nur eine soziale Bankrotterklärung, sondern wird
 292 unsere Wettbewerbsfähigkeit langfristig enorm schaden. Für uns ist klar: Jedes
 293 Kind sollte gerechte Chancen auf gute Bildung haben.

294 Gerade in sehr ländlichen Regionen wird dieser Anspruch durch Schulschließungen
 295 und mangelnde Kinderbetreuung gefährdet. Es braucht mehr Investitionen in
 296 Bildungseinrichtungen vor Ort, etwa durch eine Ausweitung des Startchancen-
 297 Programms. Auch in sehr ländlichen Regionen sollte die nächste Kinderbetreuung

298 idealerweise nicht weiter als 15 Minuten entfernt sein und örtliche Grundschulen
299 erhalten bleiben.

300 Bibliotheken gehören zu den für alle zugänglichen Orte für Bildung und
301 Begegnung. Sie unterstützen gerade dort, wo Kinder zu Hause weniger
302 Möglichkeiten haben. Wir wollen, dass Bibliotheken flächendeckend erreichbar
303 sind und ihre unabhängige Arbeit fortsetzen können.

304 Viele Projekte des Bundesprogramms "Demokratie leben!" sorgen für
305 Demokratiebildung und helfen, mit unterschiedlichen Ansichten und Meinungen
306 umzugehen. Sie nehmen unsere Geschichte des Nationalsozialismus als
307 immerwährende Verantwortung in den Blick und das Erbe der friedlich gebliebenen
308 Revolution. Damit sind sie ein sehr wichtiger Ort von Bildung und Begegnung mit
309 kompetenten Mitarbeitenden, die gerade auf dem Land im Osten Deutschlands
310 erhalten bleiben müssen.

311 Kultur macht unsere Heimat aus. Gerade auf dem Dorf sind Kulturangebote oftmals,
312 neben der Freiwilligen Feuerwehr oder der kirchlichen Jugendarbeit, die einzigen
313 Orte neben der Schule, die Anknüpfungspunkte für Gemeinschaft und Engagement
314 sind. Ob Chor oder Tanz, Malen oder Blaskapelle - mit der Kulturstiftung des
315 Bundes oder vom Bund unterstützen Programmen wie „Land lebt doch“ oder
316 „Neulandgewinner“ können solche ländlichen Projekte immer wieder gut unterstützt
317 werden. Wir wollen dafür sorgen, dass sie künftig so ausgestattet sind, dass
318 gute Projekte nicht am Geld scheitern, zumal in Ostdeutschland sehr viel weniger
319 private Spenden oder Stiftungsgelder landen.

320 **Auf geht's!**

321 Deutschland im Herbst 2026, wie wird es aussehen? Die Wahlen im September können
322 eine große Wirkung über die jeweiligen Länder hinaus haben. Gleichzeitig ist es
323 nicht weniger entscheidend, wie der Rest des Landes, wie die Politik darauf
324 reagiert. Es geht nicht allein darum, die Demokratie zu verteidigen – es geht
325 darum, sie zu leben, sie als alltägliche Haltung, vor allem auch als Tätigkeit
326 zu begreifen. Ihr Versprechen zu erneuern.

327 Wir lieben unsere Demokratie. Sie braucht aber jeden Tag die Bereitschaft, sich
328 selbst zu hinterfragen, für Offenheit im Diskurs einzutreten und den Menschen im
329 Gegenüber zu sehen. Das ist unser Bündnisgedanke: Den Menschen zuzuhören und
330 Fragen zu stellen, anderen Meinungen Raum zu geben und gleichzeitig unsere
331 Positionen deutlich zu machen und für Zustimmung werben.

332 Nein, Deutschland ist nicht pauschal veränderungsmüde. Die Menschen sind es
333 nicht. Viele, sehr viele, sind – ganz im Gegenteil – erneuerungsbegierig. Sie
334 wollen den Kern dessen erhalten, was ihre Heimat prägt: Tradition und
335 Zugehörigkeit, Gemeinschaft, Geborgenheit und Sicherheit. Und sie wissen, dass
336 sich dafür Dinge wandeln müssen, dass wir einiges ändern müssen. Sie sind bereit
337 für Erneuerung. Wir sind es auch.